



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/101

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

2. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Verderbliches Spiel mit der Verfassung	S. 1
Koalitionskrise in Finnland	S. 3
Norwegischer Staatsbesuch in Bonn	S. 4
Immer daran denken - Zur endgültigen Verurteilung Kluges	S. 5
<u>Anhang:</u> Vorstandssitzung der SPD in Springe	

Länderrechte in Gefahr

(sp) Bis zum heutigen Tag hat es die Bundesregierung nicht für nötig gehalten, das Zustimmungsrecht des Bundesrates zu dem deutsch-alliierten Vertragswerk ausdrücklich zu bejahen. In Bonn bestreitet auch die CDU/CSU, die im Parlamentarischen Rat für wesentlich weitgehendere Länderrechte eintrat als sie dann im Grundgesetz verankert wurden, dieses Zustimmungsrecht. Von dem auch von Hitler vertretenen Grundsatz aus, "was Recht ist bestimme ich", beurteilen die CDU/CSU und ihr Bundeskanzler seit Jahren alle verfassungsrechtlichen Fragen. Diese Haltung, die nach zwölfjähriger Hitler-Diktatur ein Verhängnis für die Entwicklung der deutschen Demokratie ist und im Ausland zu neuen Zweifeln an der bedingungslosen Achtung auch internationaler Rechte durch jede deutsche Regierung führen muß, bestimmt heute die ganze Regierungspolitik. Die Grundlagen unseres Staates müssen gefährdet werden, wenn heute die Koalition mit der Parole durchs Land zieht, man müsse die politische Entscheidung über die Verträge von der rechtlichen Entscheidung trennen. Mit anderen Worten heißt das doch, die Koalition ist auch bereit, Verträge und Gesetze zu bejahen, die rechtswidrig sind.

Die Bundesregierung behauptet, die Verträge unterlägen nicht dem Zustimmungsrecht der Länder, "denn es gehe um außenpolitische Abkommen". Das ist eine Unwahrheit, die genau dem Bemühen

entspricht, dem deutschen Volk vorzutäuschen, mit den Verträgen seien Gleichberechtigung, Freiheit und Sicherheit gegeben. Wer ein Minimum an Respekt vor unserer Verfassung hat, kann nicht bestreiten, daß ein Vertragswerk, in dem Dekartellisierung und Entflechtung, innere Rück-erstattung, Entschädigung, Anerkennung ausländischer Ansprüche gegen Deutschland, zivile Luftfahrt, Verzicht auch auf private Auslandsvermögen und viele andere Fragen geregelt sind, die weit in die Interessen, Gesetzgebung und Verwaltung der Länder eingreifen, der Zustimmung des Bundesrates unterliegen. Einstimmig haben die Länder am 20. Juli 1952 beschlossen, auf dieser Zustimmung zu bestehen, nachdem die Regierung bereits bei der Abfassung der Ratifikationsgesetze dieses Recht verneinte. Bis heute hat die Regierung diese Verneinung nur erneuert aber nicht widerrufen.

Wenn sich der Bundeskanzler gegenwärtig bereit zeigt, mittelbar das Zustimmungsrecht zu berücksichtigen, indem er vor Weiterleitung der Verträge die endgültige Stellungnahme des Bundesrates doch noch abwarten will, so ist das nicht ein Zeichen eines zu spät kommenden Respekts vor unserer Verfassung, sondern nur eine Folge der Tatsache, daß Dr. Adenauer einsieht, daß er sich auch in der Zustimmungsfrage nicht über das Recht hinwegsetzen kann, solange es in der Bundesrepublik noch Parteien gibt, die auf der Einhaltung des Rechts bestehen. Dr. Schröder von der CDU hat jedoch bereits angedeutet, daß der Bundeskanzler bei einer Ablehnung der Verträge im Bundesrat diesem sein Recht zur Zustimmung erneut absprechen würde. Deutlicher läßt sich wohl nicht demonstrieren, welches verderbliche Spiel von der Regierung mit unserer Verfassung getrieben wird.

Bundesrat, Länderregierungen und die kompromißlos auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Parteien haben die Pflicht, diesem Spiel entgegenzutreten. In der Zustimmungsfrage werden sie dabei an die Unterstützung der Teile der Regierungsparteien appellieren, die im vorigen oder in diesem Jahr das Zustimmungsrecht ausdrücklich bejahten, wie z.B. die Ministerpräsidenten von Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Ausgehend von dem Zustimmungsrecht und dem Bundesratsbeschuß vom 20. Juni hat der Bundesrat keinen Grund, diese Zustimmung zu geben, solange nicht eindeutig entschieden ist, ob die Verträge mit dem Recht unserer Verfassung übereinstimmen. Dieser Einsicht sollten sich auch die von Dr. Adenauer beherrschten Länderregierungen nicht länger verschließen, wenn sie schon nicht die Kraft besitzen, im Interesse des deutschen Volkes Verträge abzulehnen, die eine Verewigung der deutschen Teilung, aber keine Gleichberechtigung und keine Sicherheit bringen.

Gewitterdrohung über Finnland

KRK-Helsingfors

Gegen den finnischen Sozialminister Leskinen, den "starken Mann" der finnischen Sozialdemokratie, wurde von einem Teil der finnischen Presse eine Hetze in Gang gesetzt mit dem Ziele, ihn aus der Regierung zu entfernen. Man wirft ihm vor, er habe Geheimnisse wirtschaftlicher Natur an die Öffentlichkeit gebracht, Regierungspläne nämlich, die darauf abzielen, den außerordentlichen Schwierigkeiten zu steuern, in denen sich das Land augenblicklich befindet.

Die Schwierigkeiten liegen auf dem Gebiete der Preis- und Lohnpolitik. Die wichtigste Ausfuhrware Finnlands ist Zellulose. Die Preise sind jedoch zu hoch, als daß Finnland seine Ausfuhr aufrechterhalten konnte. Es gibt mehr Lösungsvorschläge als Koalitionsparteien. Agrarier, Sozialdemokraten und die Schwedische Volkspartei, welche die Regierung bilden, haben so gegensätzliche Auffassungen, daß die Koalition jeden Tag auseinanderfallen kann.

Die Reichsbank will die finnische Währung devalvieren, die sich zwar in den letzten Monaten einigermaßen stabilisiert, aber einen geringen Wert hat. Die Schwedische Volkspartei droht mit dem Ausscheiden aus der Regierung, wenn es zu einer Devalvierung kommt. Die Sozialdemokraten widersetzen sich ihr, weil sie mit Recht von ihr ein neues Kreieren der Inflationsschraube befürchten mit all den verheerenden Folgen, die solch eine Entwicklung für Lohnempfänger hat. Die Zellulose-Industrie behauptet, daß die Erzeugungskosten in Finnland höher liegen als in England und Amerika, und so verlangen die Industriellen eine Lohnsenkung von 20 Prozent. Sie haben dabei die Unterstützung der Agrarier. Die Gewerkschaften verweisen vor allem darauf, daß nach dem jetzigen Index-Verfahren zwar die Löhne den Preisen folgen, nicht aber die Preise den Löhnen. Gäbe es keine Sicherheit für Preissenkungen vor allem bei den Gebrauchsgütern, könne auch keine Lohnsenkung in Frage kommen. Der geheime Vorschlag, der im Schoße der Regierung erörtert und angeblich von Leskinen verraten wurde, geht darauf aus, Löhne und Preise um 13 Prozent zu senken. Die Folge der Veröffentlichung, für die Leskinen die Verantwortung übrigens ablehnt ist ein allgemeiner Käuferstreik.

Die Sozialdemokraten wollen vorläufig in der Regierung bleiben,

um vor allem die geplante Devaluierung zu verhindern. Einseitige Maßnahmen gegen die Lohnempfänger würden nur den Kommunisten Wasser auf die Mühlen treiben. Deren Stärkung könnte jedoch für das Land eine politische Katastrophe bedeuten, die zu verhindern nach Auffassung der Sozialdemokraten die Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein müsse.

Die politische Lage in Finnland ist ebenso labil wie die wirtschaftliche. Es sind Überraschungen möglich, wenn sich nicht schließlich doch der Sinn für Realitäten durchsetzt, der bisher die demokratischen Parteien in dieser gefährdeten Bastion der westlichen Welt erfüllt hat.

+ + +

In alter Freundschaft verbunden

(sp) Am 1. Mai traf der Außenminister Norwegens, Halvard Lange, in Bonn ein, um vier Tage in der Hauptstadt der Bundesrepublik zu verbringen. Er vertritt ein Land, in dem die Arbeiterbewegung die Regierungsgeschäfte ununterbrochen seit 1935 geführt hat, die meiste Zeit allein, aber während des Weltkriegs und unmittelbar danach auch unter der Beteiligung anderer Parteien. Das letzte Mal wurde der norwegische Arbeiterpartei das Vertrauen der Wähler im Jahre 1949 in Wahlen ausgesprochen, die die Kommunisten vom Parlament weglegten.

Halvard Lange wurde im Februar 1946 als Nachfolger Trygve Lies, der zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt worden war, zum Außenminister Norwegens ernannt, und zwar als einer der KZ'ler, die überwiegend die Regierung von damals bemannten. Für sie ist Sachsenhausen mehr als ein Begriff oder eine Ortsbezeichnung. Er gehört aber zu denen, die zu vergessen wissen. Früh setzte er sich für eine großzügige Verständigung mit Nachkriegsdeutschland ein. Als einer der ersten befürwortete er die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nordatlantische Verteidigungsorganisation.

Der norwegische Außenminister ist seit dreißig Jahren aktiver Sozialdemokrat, war in der Arbeiterjugend und vor allem in der Arbeiterbildung tätig, und ist von Kindheit her zum Internationalisten erzogen worden. Sein Vater, Träger des Nobelfriedenspreises, war lange Jahre in Brüssel und in Genf als Generalsekretär der Interparlamentarischen Union. Lange kennt sich in allen Ländern West- und Nordeuropas aus, hat als junger Mensch in England gearbeitet und ist als Außenminister seit sieben Jahren mit Amerika und mit den internationalen Organisationen unseres Zeitalters wie kaum einer vertraut geworden.

Nach Beendigung des offiziellen Teils seines Besuches wird sich der norwegische Gast am Montag Nachmittag und Abend mit seinem alten persönlichen Freund, dem gleichaltrigen und gleichgesinnten, auch international erfahrenen Erich Ollenhauer, Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im privaten Kreise in Bad Godesberg bei dem norwegischen Minister, Dag Bryn, treffen.

+ + +

Hilde Benjamin hat Kluge-Urteil bestätigt

(sp) Am 16. April hatte der Bundestag - abgesehen von der kommunistischen Gruppe - einmütig die sofortige Freilassung des in der Sowjetzone verurteilten Berliner Journalisten Herbert Kluge gefordert. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das oberste Gericht der sogenannten DDR das auf fünfzehn Jahre Zuchthaus lautende Urteil ausdrücklich bestätigt hat.

Als der 52jährige Herbert Kluge am 6. Februar in Gera in erster Instanz verurteilt wurde, erklärte er erhobenen Hauptes, daß er diesen Terrorspruch niemals annehmen werde. Das oberste Gericht in Ostberlin hat jedoch die Berufung - ohne jede Verhandlung und Begründung! - verworfen. Ein Verteidiger wurde weder hinzugezogen noch verständigt. Dem Angeklagten wurde lediglich eine formlose Mitteilung zugeleitet. Er befindet sich jetzt in der Haftanstalt Gräfentonna in Thüringen.

Demit kann der Fall Kluge für die deutsche Öffentlichkeit nicht erledigt sein. Der frühere Auslandskorrespondent des "Berliner Tageblatt" war im Juni vorigen Jahres aus einem Interzonenautobus heraus verhaftet worden. Er wurde abgeurteilt wegen seiner Artikel über die Sowjetzone, die er in Berlin und für westdeutsche Zeitungen geschrieben hatte. Seine Verurteilung stellt selbst nach den Gesetzen der Sowjetzone eine glatte Rechtsbeugung dar. Die Bestätigung des Urteils läßt erkennen, daß die sowjetzonalen Machthaber nicht bereit sind, einen einzigen Beweis einigermaßen guten Willens zu erbringen.

Das Schicksal Kluges und der übrigen in der Sowjetzone eingesperrten Journalisten wird den Gesamtdutschen Ausschuß des Bundestages noch im einzelnen beschäftigen. Die SPD, die den Fall Kluge vor den Bundestag brachte, wird dafür sorgen, daß er nicht in Vergessenheit gerät. Sie erfüllt Kluge gegenüber eine einfache Treuepflicht. Wie ein Augenzeuge nachträglich berichtete, hat er noch vor dem Gericht in Gera ein unerschrockenes Bekenntnis zur sozialdemokratischen Sache abgelegt.

Durch den Fall Kluge soll aber auch erneut die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der vielen Tausende in den sowjetzonalen Gefängnissen gelenkt werden. Die Machthaber im Osten sollten die Mahnung des SPD-Sprechers im Bundestag nicht überhören: "Wer ein friedliches Zusammenleben der Völker will, der möge zumindest und zuerst den unschuldig Verurteilten und Festgehaltenen die Kerkertüren öffnen".

SPD behält sich in der Vertragsfrage alle Schritte vor
Schwerste Bedenken über Entwicklung in der Montan-Union

Der Vorstand der SPD nahm auf einer Sitzung in Springe bei Hannover einen Bericht des Vorsitzenden Erich Ollenhauer über die letzten politischen Ereignisse und seine Gespräche mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler unter ausdrücklicher Zustimmung entgegen. Der Vorstand vertrat die Auffassung, daß die Sozialdemokratische Partei sich alle ihr notwendig erscheinenden Schritte vorbehält, um

1. die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge zu klären und
2. politisch ihren Kampf gegen diese Verträge fortzusetzen.

Angesichts der Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Stahl im Rahmen der Montan-Union am 1.Mai kamen in der Sitzung schwerste Bedenken über die verstärkten ungünstigen Tendenzen zum Ausdruck, die sich schon bei der Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisen im Februar gezeigt haben. Sie bestehen in einer klaren Benachteiligung der deutschen Wirtschaft, so daß selbst Industriekreise, die bisher der Montan-Union positiv gegenüberstanden, in diesem Zusammenhang von einer "ersten Belastungsprobe der Montan-Union mit Krisenerscheinungen" sprechen.

Ein weiterer Beratungsgegenstand war die Abstimmung über die letzten politischen und technischen Vorbereitungsarbeiten für den Wahlkongreß der SPD am 10.Mai in Frankfurt am Main.

Am Vorabend des 1.Mai fand auf dem Friedhof in Hannover-Ricklingen am Grabe Kurt Schumachers eine Feierstunde statt. Anlaß war die Aufrichtung eines Grabsteines, eines behauenen Granitblockes mit Nameninschrift und den Geburts- und Todesdaten. Ein Sprecher sprach Kernsätze aus Reden Kurt Schumachers, Chöre und das Niedersächsische Sinfonie-Orchester gaben mit Werken von Händel und Schubert der Feststunde einen würdigen musikalischen Rahmen. In Gegenwart des Parteivorstandes und in Anwesenheit von mehreren tausend Menschen gedachte Erich Ollenhauer des Toten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau